

**XIV.**

# BERICHT

ÜBER DIE

# WIRKSAMKEIT DER DÄNISCHEN SOZIALDEMOKRATIE



KOPENHAGEN  
RUD. BÖHMS BUCHDRUCKEREI  
1914

## I. Die politische Arbeiterbewegung.

---

Die dänische Arbeiterbewegung datiert ihren Ursprung vom Jahre 1871 her, in welchem Jahre eine dänische Abteilung der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“ ins Leben gerufen wurde. Seit jener Zeit hat die Partei ununterbrochen existiert, obgleich ihr Rahmen auf Grund der Verhältnisse verschiedenen Veränderungen unterworfen wurde. Die Abteilung der „Internationale“ wurde im Jahre 1873 durch einen Polizei-Ukas aufgelöst, aber die einzelnen Sektionen derselben verwandelten sich darauf in selbständige Gewerkschaften, die sich bald unter einer Zentralorganisation zusammenschlossen. Eine Zeit lang waren die Gewerkschaften die einzige Organisationsform der Arbeiter, während ein von denselben gewählter Zentralvorstand die politische Betätigung der Arbeiter vertrat. Im Jahre 1878 wurde endlich eine rein politische Organisation, „*Der sozialdemokratische Verband*“, gegründet. Die Verbindung zwischen letzterem und den Gewerkschaften wurde jedoch beibehalten und ist dieses auch heute noch der Fall, sodass man bei uns die Gewerkschaften stets als einen organischen Teil der Sozialdemokratie betrachten darf, ebenso wie die sozialdemokratische Presse von den Gewerkschaften und von den politischen Organisationen herausgegeben wird.

### Die politische Organisation.

„Der sozialdemokratische Verband“ ist die politische Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei. Durch diese Organisation (Kongress, Parteivorstand und Geschäftsausschuss) wird die politische

Agitation ausgeübt, ebenso wie dieselbe die Taktik und die Politik der Partei bestimmt. Aber da wie gesagt stets eine gewisse Verbindung mit den Gewerkschaften, deren Mitglieder sich erfreulicherweise als einen Teil der Partei rechnen, besteht, gibt die Mitgliederzahl der politischen Organisation nicht die ganze Stärke der Partei an, obgleich diese Mitgliederzahl mit Rücksicht auf die geringe Grösse des Landes doch als ganz respektabel bezeichnet werden muss.

In allen Wahlkreisen bestehen als Abteilungen des Sozialdemokratischen Verbandes sozialdemokratische Vereine. Letztere existieren sowohl in allen Provinzstädten wie in einer beträchtlichen Anzahl von Landgemeinden. Im ganzen waren ausgangs 1913 429 sozialdemokratische Vereine der Partei angeschlossen und ihrem Programm unterworfen. Die Mitgliederzahl dieser Vereine belief sich in derselben Zeit auf 57,192. — Zur Vergleichung mag dienen, dass die Anzahl der Vereine zur Zeit des Intern. Kongresses 1910 sich auf 360 mit 47,000 Mitglieder belief.

Die in den einzelnen Kommunen bestehenden Vereine sind innerhalb des betreffenden Wahlkreises in Kreisorganisationen zusammengeschlossen, während das ganze Land in 15 Agitationsbezirke, welchen die in dem betr. Gebiete bestehenden Vereine untergeordnet sind und welche die Agitation in Verbindung mit den Kreisorganisationen leiten, eingeteilt ist.

Die einzelnen Abteilungen der Partei bezahlen jährlich einen bestimmen Beitrag an die Agitationsbezirke und ebenso einen solchen für die Verwaltungsunkosten der Partei, und ausserdem leistet die sozialdemokratische Presse einen Beitrag für die Tätigkeit der Partei.

Betreffs der Finanzgebarung der Landesorganisation kann angeführt werden, dass die Jahre 1910—1913 eine Balance-Summe von zusammen 22,000 Kronen aufweisen.

In den erwähnten 4 Jahren sind auf Veranstaltung der Agitationsbezirke ca. 2500 Versammlungen mit

einem Aufwand von ca. 20,000 Kronen abgehalten worden.

Für die Agitation bei den politischen Wahlen wird jedes Jahr eine spezielle Einsammlung, die sogen. „Wahlfonds-Einsammlung“, veranstaltet. Diese Einsammlung geht in den Gewerkschaften vor sich und ist der jährliche Ertrag derselben ca. 15—16,000 Kr.

Die Agitation für die Wahlen zu dem Folketing im Jahre 1913 erforderten einen Zuschus aus dem „Wahlfonds“ von 33,919 Kr. 26 Oere und ausserdem haben eine Reihe von Vereinen, namentlich in den Provinzstädten, ihre Ausgaben hierzu ganz oder teilweise selbst getragen. Im ganzen kostete die Agitation — bei der Aufstellung von sozialdemokratischen Kandidaten in 68 Kreisen — 43,231 Kr. 53 Oere.

### Die parlamentarische Tätigkeit.

Seit dem Jahre 1849 hat die Bevölkerung Dänemarks das Wahlrecht zu dem Reichstag besessen, aber während in der ursprünglichen Verfassung das Wahlrecht für alle Männer über *30 Jahre* zu beiden Abteilungen des Reichstages — dem Folketing (Deputiertenkammer) und dem Landsting (Senat) — ein gleiches war, wurde bei einer Verfassungsrevision im Jahre 1866 eine wesentliche Einschränkung hierin vorgenommen, indem man für das Landsting (Senat) eine privilegierte Wählerklasse mit ausgeprägter agrarischer Färbung einführte.

Beide Abteilungen des Reichstages müssen sich über einen Gesetzentwurf einig werden, wenn derselbe Gesetzeskraft erhalten soll.

Das Landsting besteht jetzt aus 66 Mitgliedern, von denen 12 von dem König (der jeweiligen Regierung) *auf Lebenszeit* ernannt werden. Die übrigen werden von Wahlmännern erwählt, von denen die eine Hälfte von allen Männern über 30 Jahre und die andere Hälfte von dem höchstbesteuerten Teil der männlichen Bevölkerung auf folgende Weise gewählt wird: Jede der ca. 1100 Landgemeinden wählt durch allgemeine Wahl je 1 Wahlmann, aber ausserdem sind

die höchstbesteuerten Wähler der Gemeinde *unmittelbare Wahlmänner*. Ein Gutsbesitzer od. dergl. hat also den gleichen Einfluss wie alle anderen Wähler der Gemeinde zusammen (die Durchschnittszahl der Wähler in den Gemeinden auf dem Lande beträgt 360). Den 1100 von der allgemeinen Wählerklasse gewählten Wahlmännern stehen also 1100 Gutsbesitzer oder andere grössere Eigentumsbesitzer als unmittelbare (sogen. „selbstgeschriebene“ Wahlmänner) gegenüber.

In den Provinzstädten wählt die allgemeine Wählerklasse (alle Männer über 30 Jahre) eine im Verhältnis zu der Anzahl der Wähler stehende Anzahl Wahlmänner, aber darauf wählt derjenige Teil der Wähler, welcher eine Steuer auf 2000 Kr. jährliches Einkommen bezahlt — also die besitzende Oberklasse — *eine ebenso grosse Anzahl Wahlmänner*.

In Kopenhagen wird von der allgemeinen Wählerklasse je 1 Wahlmann auf 120 Wähler gewählt und darauf wählen diejenigen, welche im letztverflossenen Jahre *eine Steuer auf ein Einkommen von 4000 Kr. und darüber* bezahlt haben, *eine ebenso grosse Anzahl von Wahlmännern*.

Auf diese Weise gibt es also *ein* Heer von Wahlmännern, welches von der allgemeinen Wählerklasse gewählt wird, aber von welchen auch einige auf Grund des allgemeinen Wähler Einflusses der Oberklasse angehören, und ein *anderes* Heer, welches ausschliesslich der Oberklasse angehört.

Da die definitive Wahl der Mitglieder des Landsting durch das Proportional-System erfolgt, ist die Oberklasse mit Hilfe ihres privilegierten Wahlrechtes sicher auf die grössere Hälfte der Mandate und in früheren Zeiten waren die *vom König erwählten* Mitglieder ein weiteres Sicherheitsventil für die Oberklasse. Seit dem Jahre 1901, als der König das parlamentarische System (die Regierung muss sich in Uebereinstimmung mit der Majorität des *Folketing* befinden) anerkannte, ist mittlerweile auf Grund des Ablebens mehrerer konservativer „Königserwählter“

eine Veränderung hierin eingetreten, indem die jeweiligen Regierungen (der Liberalen und der Radikalen) diese Mandate mit ihren Anhängern besetzt haben, sodass die Anzahl der *konservativen* „Königserwählten“ auf 3 Mandate herabgesunken ist. — Die konservative Garantie, als welche die „Königserwählten“ ursprünglich bestimmt waren, ist also das Mittel geworden, durch welches nach und nach eine demokratische Majorität errungen werden konnte.

Das Folketing (die Deputiertenkammer) geht aus dem gleichen Wahlrecht für alle Männer über 30 Jahre hervor, aber die Gleichheit herrscht doch nur in der Theorie, indem die Wahlkreise nach und nach eine sehr ungleiche Grösse erhalten haben; die Einwohneranzahl in den verschiedenen Kreisen schwankt z. B. zwischen 12,000 und 70,000, und selbstredend wird das Wahlergebnis durch diese Verhältnisse — und zwar namentlich zum \*Nachteil der Sozialdemokratie — sehr wesentlich beeinflusst. Die Wahlen sind gewöhnliche Majoritätswahlen (ohne Stichwahlen) und hierdurch sind im Laufe der Zeit Wahlkartelle notwendig geworden, um die reaktionären Parteien ihres Einflusses durch Minoritätswahlen zu entkleiden.

In den letzteren Jahren hat z. B. die Sozialdemokratie mit der radikalen Partei (den Freisinnigen) bei den Wahlen zusammengearbeitet und hierdurch gelang es, bei der Folketingswahl im Jahre 1913 eine radikal-sozialistische Majorität im Folketing zu erzielen, welches von grossem Werte war bei den politischen Verhandlungen über eine Verfassungsrevision, welche in den späteren Jahre auf der Tagesordnung gestanden hat.

Zur Beleuchtung der nach den Wahlen im Jahre 1913 geschaffenen politischen Stellung der verschiedenen Parteien wollen wir hier die Anzahl der abgegebenen Stimmen u. s. w. anführen. Das Folketing besteht aus 114 Mitgliedern und die Anzahl der Wähler war ca. 488,000.

*Die Wahlen am 20. Mai 1914.*

	Aufgestellte Kandidaten	Erhaltene Stimmen	Erhaltene Mandate
Die Sozialdemokratie . . . .	68	107,400	32
Die Linke (Liberalen) . . . .	80	100,300	44
Die Konservativen . . . . .	89	81,400	7
Die Radikalen (Freisinn) . .	61	68,000	31
Verschiedene Gegner des allgemeinen Wahlrechts (Konserv.) . . . . .	10	6,000	0

Zur Erklärung der Eigentümlichkeit, dass die Konservativen trotz ihren 87,000 Stimmen nur 7 Mandate erhielten, mag dienen, dass die anderen Parteien sich in dem Wunsche vereinigten, das *allgemeine Wahlrecht* durchzuführen, während die Konservativen Gegner desselben sind, woraus folgte, dass die anderen Parteien bei der Aufstellung von Kandidaten eine gemeinsame Taktik, auf Grund welcher die Konservativen *alle* anderen Parteien gegen sich hatten, befolgten.

Zur weiteren Beleuchtung der Beteiligung der Sozialdemokratie an den Folketingswahlen wollen wir hier eine Reihe von Zahlen anführen, welche den absoluten, unaufhaltsamen Fortschritt im Zeitraume von über 40 Jahren angeben:

	Anzahl Kandidaten	Anzahl Mandate	Anzahl Stimmen
1873	5	0	274
1878	1	0	767
1881	2	0	1689
1884	3	2	6806
1887	4	1	8406
1890	10	3	17232
1892	15	2	20094
1895	21	8	24508
1898	23	12	31872
1901	30	14	42972
1903	55	16	55593
1906	62	24	76566
1909	73	24	93079
1910	54	24	98721
1913	68	32	107400

## Die Abschaffung des privilegierten Wahlrechts.

Wie bereits erwähnt, war der Gesetzentwurf betr. der Verfassungsveränderung und der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in den späteren Jahren eine der Hauptaufgaben des politischen Lebens. Als Minoritätspartei konnte sich die Sozialdemokratie selbstredend nicht der Hoffnung hingeben, dass sie ihr Verfassungsprogramm durchführen konnte, aber gleichwohl gelang es ihr, einen sehr wesentlichen Einfluss auf die Lösung dieser Sache auszuüben, und da es sich in erster Linie darum handelte, das privilegierte Wahlrecht zu beseitigen, konnte es nicht zweifelhaft sein, auf welche Weise die Sozialdemokratie zu operieren hatte.

Seit dem Siege des Parlamentarismus im Jahre 1901, der eine liberale Regierung ans Ruder brachte, hat die Sozialdemokratie die Verfassungsfrage ununterbrochen in den Vordergrund der politischen Debatte gestellt und verlangt, dass dieselbe gelöst werden müsse in Uebereinstimmung mit dem von der Regierungspartei seit Jahren verfochtenen Programm: *politische Gleichheit ohne Rücksicht auf Stand, Einkommen und Vermögen*. Durch Einbringung von verschiedenen Gesetzentwürfen sowohl inbetreff der Revision der Verfassung wie der Wahlkreisordnung hat die Sozialdemokratie im Reichstag das Interesse für diese Sache wachzuhalten verstanden und der Erfolg ihrer Arbeit zeigte sich endlich in der im Oktober 1912 beginnenden Session des Reichstages.

Auf Grund einer kostbaren Militärpolitik, welche eine im höchsten Grade verwerfliche Steuergesetzgebung im Gefolge hatte, war die liberale Partei in den Jahren 1910—12 sehr geschwächt worden, weshalb sie den Wahlen des Jahres 1913 mit Furcht und Beben entgegensah — sie besass nämlich gerade nur noch die Hälfte aller Mandate im Folketing. Die Regierungspartei leitete deshalb eine Agitation für eine Verfassungsrevision ein und fand bei den breiten Schichten der Bevölkerung den ungeteiltesten Beifall für diese. Im Monat Oktober 1912 brachte die Re-

gierung im Reichstage einen verhältnismässig demokratischen Gesetzentwurf über die Revision der Verfassung ein.

Die Hauptprinzipien dieses Gesetzentwurfes waren folgende:

Das privilegierte Wahlrecht wird abgeschafft.

Das Zweikammer-System wird beibehalten, aber beide Kammern gehen, obgleich auf verschiedene Weise, aus dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht hervor.

Das Wahlrechtsalter zum Folketing wird auf 25 Jahre herabgesetzt.

Das Landsting soll von den Gemeinde-Vertretungen gewählt werden (oder durch allgemeine Wahlen von Wählern mit einer etwas höheren Altersstufe als der Wähler zum Folketing).

Die Frauen erhalten das aktive und das passive Wahlrecht ganz wie die Männer, und

Die Dienstboten und das Gesinde, welche bisher ebenfalls von dem Wahlrecht ausgeschlossen waren, erhalten dasselbe gleich wie die übrigen Bürger des Landes.

Dieser Gesetzentwurf, welcher wie gesagt von der liberalen Regierung eingebracht worden war, erhielt die Unterstützung der radikalen Linken und, da unser prinzipieller Wahlrechts-Entwurf nicht die notwendige Unterstützung erhielt, gleichfalls von Seiten der Sozialdemokratie.

Das Folketing sanktionierte diesen Gesetzentwurf, wogegen das Landsting, wo die Konservativen die Majorität von 1 Stimme (34 gegen 32) besaßen, die Sache beiseitelegte.

Die ordentliche Wahl zum Folketing stand im Mai Monat 1913 bevor, und hier wurde der Verfassungs-Entwurf der Einsatz bei der Agitation von Seiten der drei Parteien, welche das allgemeine Wahlrecht fordern. Da aber die liberale Partei in ihrer 12-jährigen Praxis als Regierungspartei den Konservativen gegenüber sich äusserst schmiegsam gezeigt hatte, war das Vertrauen zu ihr sehr gesunken, und man

befürchtete einen Verrat von ihrer Seite, wenn die Liberalen und die Konservativen zusammen wiederum die Majorität in beiden Kammern erhielten. Ohne allen Zweifel gab es denn auch einige liberale Politiker, welche eine weniger radikale Veränderung als die von ihrer Partei vorgeschlagene wünschten. Die Sozialdemokratie legte deshalb ihre Taktik darauf an, die Konservativen so viel als möglich aus allen Kreisen zu entfernen, wenn möglich nur Sozialdemokraten und Radikale zu wählen und Liberale nur dann, wenn es durchaus nicht anders sein konnte. Das Ergebnis der Wahlen war nach Wunsch: die demokratischen Parteien erhielten von den 114 Mandaten des Folketing 107; die Radikalen und die Sozialdemokraten bekamen die absolute Majorität von 63 Mandaten. Hierdurch war dem Verrat gegen das allgemeine Wahlrecht ein Riegel vorgeschoben. Nun musste die Sache auf demokratischer Grundlage gelöst werden, oder auch musste sie scheitern, welches die liberale Partei wiederum sehr geschwächt haben würde.

Der Ausfall der Wahl verursachte sofort einige politische Schwierigkeiten, indem die liberale Partei sich weigerte, die Regierung weiterzuführen. Während der Ministerkrise erhielt die Sozialdemokratie vom König die Regierung angeboten, eventuell in Verbindung mit der radikalen Linken, aber man schlug dieses ab mit dem Hinweis darauf, dass die Sache, deren Lösung auf der Tagesordnung stand, für alle drei Parteien gemeinsam wäre, und dass es deshalb das natürlichste wäre, dass die grösste Fraktion (die liberale Partei) mit Unterstützung der radikalen Partei und der Sozialdemokratie die Geschäfte der Regierung bis zur Erledigung der Sache weiterführe. Die liberale Partei hielt aber an ihrer Weigerung fest, und so musste die Mittelpartei — die *radikale* Linke — indem sie von Seiten der Sozialdemokratie das Versprechen um Unterstützung der Arbeit für die Verfassungsrevision erhielt, die Bildung der Regierung übernehmen.

Der Gesetzenwurf, welcher in einem so hohen Grade die Zustimmung der Wähler erhalten, wurde

nun in der neuen Session des Reichstages (im September 1913) von der neuen Regierung wiederum eingebracht. Im Folketing wurde derselbe wiederholt angenommen, wogegen das Landsting auch jetzt wieder sich dagegen stemmte. Durch Ableben eines konservativen „Königserwählten“ war das Partei-Verhältnis im Landsting mittlerweile ein anderes geworden, indem an seiner Stelle ein Radikaler ernannt worden war. Jetzt waren 33 Mitglieder Anhänger und 33 Gegner der Verfassungs-Revision, aber da der Präsident — ein Konservativer — sich der Stimme zu enthalten hat, war die Majorität für die Revision als sicher zu betrachten.

Nach langwierigen Kommissionsverhandlungen kam endlich im Monat Mai der Gesetzentwurf mit verschiedenen Veränderungen, aber von den drei demokratischen Parteien unterstützt, wiederum vor das Plenum der Kammern.

Der Inhalt der veränderten Vorlage war folgender:

Gleiches Wahlrecht zu dem Folketing für *alle* Frauen und Männer über 25 Jahre.

Gleiches Wahlrecht zu dem Landsting für *alle* Frauen und Männer über 35 Jahre (während dem Uebergang bewahren jedoch alle bisherigen Wähler im Alter von 30—35 Jahren ihr Wahlrecht zu dem Landsting).

Die Anzahl der Mitglieder des Folketing wird auf 120 festgesetzt. (Eine weniger zufriedenstellende Wahlkreisordnung wird *vorübergehend* eingeführt).

Die Anzahl der Mitglieder des Landsting wird auf 70 festgesetzt. Von diesen werden 54 von den obenangeführten Wählern gewählt, während diese 54 nach dem Proportional-System 16 vorschlagen, welche von der Regierung ernannt werden.

*Um Wähler zu sein, braucht man keine Steuern zu bezahlen, ebenso wenig wie andere Vorrechte gelten sollen.*

Bei der endlichen Abstimmung nahm das Folketing den vorliegenden Entwurf mit über 100 Stimmen an, aber die konservativen Mitglieder des Landsting

benutzten ein ausserordentliches Mittel um die Sache zu vereiteln. Ein Paragraph in der jetzigen Verfassung besagt: „dass eine Abstimmung nur dann Gültigkeit hat, wenn *über* die Hälfte der Mitglieder der Kammer an der Abstimmung teilnimmt“. Die konservativen Mitglieder (31 + 1 krank) blieben alle von der Abstimmung weg und liessen den Präsidenten ein Schreiben vorlesen, in welchem sie mitteilten, dass sie auf diese Weise die Annahme eines Gesetzes, welches das allgemeine Wahlrecht einführt „ohne Garantien für die Eigentumsbesitzer“, verhindern wollten, und damit war die Annahme unmöglich gemacht, indem nicht mehr als die Hälfte an der Abstimmung teilnahm (der Präsident stimmt wie gesagt nicht mit).

Die Antwort auf diese Herausforderung war die Auflösung des Landsting, und bei den darauffolgenden Wahlen gingen die drei demokratischen Parteien zusammen zum Kampf gegen die Konservativen.

Die endliche Wahl — nach den vorausgehenden Wahlen der Wahlmänner — fandt am 10. Juli statt.

Als Folge des indirekten Wahlsystems und als Folge des Einflusses des privilegierten Wahlrechts konnte die Verschiebung nicht recht bedeutend werden, aber sie war doch gross genug, um das Ziel zu erreichen. Die Stellung der Parteien im Landsting ist nun folgende: 28 Konservative (Gegner der neuen Verfassung), 27 liberale Linke, 7 radikale Linke (Freisinnige) und 4 Sozialdemokraten, im ganzen 38 Anhänger der Verfassungs-Revision.

Diese Wahlen wurden auf der Grundlage eines Wahlkartelles zwischen den Anhängern des allgemeinen Wahlrechts durchgeführt.

---

## Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Gesetzgebungsarbeit.

Von der allgemeinen Beteiligung an der Gesetzgebung wollen wir hier einige Punkte erwähnen, welche als Illustration für die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit dienen können.

### Das allgemeine kommunale Wahlrecht.

Nachdem 40 Jahre lang kommunale Gesetze existiert hatten, welche die Wähler auf die Weise in Klassen geteilt hatten, dass eine kleine, höchstbesteuerte Minorität die Mehrzahl der Plätze in den kommunalen Vertretungen besetzt hielt, gelang es im Jahre 1909, *ohne dieses privilegierte Wahlrecht* zur Wahlurne zu gehen.

Die kommunalen Vertretungen werden nach dem Proportz von sämtlichen Steuerzahlern, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben, gewählt. Die Frauen haben ebenfalls das Wahlrecht hierzu, und *verheiratete Frauen werden als Wähler gerechnet, wenn ihre Männer Steuern bezahlen*. Niemand kann mehr als eine Stimme abgeben.

Dieser bedeutungsvolle Erfolg ist selbstredend in einem hohen Grade der Agitation von Seiten der Sozialdemokratie zu verdanken, welche durch den Sieg des Parlamentarismus im Jahre 1901 einen kräftigen Vorstoss erhielt.

In dem Nachfolgenden wollen wir übrigens eine Reihe von Gebieten aufzählen, auf welchen dieser Einfluss ebenfalls zu verspüren ist:

Lohnaufbesserungen wurden durchgeführt für die Unterbeamten in dem Post-, Telegraphen- und Eisenbahnwesen, für die Arbeiter in den militären Etablissements, in den fiskalischen Wäldern u. s. w.

Mit Rücksicht auf die soziale Fürsorge und Versicherung kann auf eine bedeutungsvolle Gesetzgebungsarbeit, zu welcher die Sozialdemokratie direkt oder indirekt beigetragen hat, hingewiesen werden.

Allen arbeitsuntauglichen Frauen und Männern, die das 60. Lebensjahr erreicht haben und sich in ökonomischer Notlage befinden, wird eine Altersunterstützung gewährt, ohne dass solches die Folgen der Almosenunterstützung (Verlust der bürgerlichen und politischen Ehrenrechte) nach sich zieht. Die Ausgaben, welche dem Staat und den Kommunen durch das *Gesetz über die Altersversorgung* erwachsen, belaufen sich gegenwärtig auf 12 Mill. Kr. jährlich.

*Die Hilfskassen.* In jeder Kommune besteht eine sogen. Hilfskasse, deren Verwaltung durch allgemeine Wahlen von allen Frauen und Männern, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, gewählt wird. Die Aufgabe dieser Hilfskassen besteht darin, den notleidenden Mitbürgern eine Unterstützung zu gewähren, damit sie nicht der Armenpflege zur Last fallen. Aus der Staatskasse wird zu diesem Zweck jährlich ein Beitrag von 250,000 Kr. bewilligt, ebenso wie auch alle Kommunen den Hilfskassen einen Zuschuss gewähren.

*Die Arbeitslosenkassen.* Im Anschluss an die Gewerkschaften und unter der Leitung der Arbeiter selbst bestehen Versicherungskassen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Staatskasse gewährt einen Zuschuss (gegenwärtig ca. 1 Mill. Kr.) und ebenso bezahlen auch die Kommunen einen gewissen Beitrag. — Das Gesetz ist eine direkte Frucht des von der Sozialdemokratie öfters eingebrachten Gesetzentwurfes.

*Die Krankenkassen.* Zwecks Versicherung gegen Krankheit bestehen Krankenkassen für die Arbeiter und andere weniger gutsituierte Leute. Dieselben werden von den Mitgliedern selbst geleitet, aber die Staatskasse gewährt einen Zuschuss im Verhältnis zu dem von den Mitgliedern bezahlten Beitrag (gegenwärtig ca. 3 Mill. Kr.).

*Unterstützung der Kinder von Witwen.* Auf Initiative der Sozialdemokratie, welche diese Sache seit einer Reihe von Jahren wiederholt eingebracht hat, wurde im Jahre 1913 ein Gesetz durchgeführt, nach welchem Witwen mit unversorgten Kindern, in der Regel bis zu deren 14. Jahre (ausnahmweise 18 Jahre),

für jedes Kind eine jährliche Unterstützung erhalten können, ohne dass solches die Folgen der Armenunterstützung hat.

Die Unterstützung beläuft sich für jedes Kind auf:

100 Kr. jährlich bis zum vollendeten	2. Jahre
80 — — — — —	12. —
60 — — — — —	14. —

Die Bedürftigkeit wird in der Regel bestimmt durch die Beurteilung des Einkommens und des Vermögens der Witwe. Als bedürftig wird sie angesehen, wenn ihr Vermögen 4000 Kr. nicht übersteigt, dazu 500 Kr. für jedes Kind unter 14 Jahren, und wenn das Einkommen  $\frac{2}{3}$  des von der Staatssteuer befreiten Einkommens nicht übersteigt (800 Kr. in Kopenhagen, 700 Kr. in den Provinzstädten, 600 Kr. auf dem Lande, dazu 100 Kr. für jedes Kind unter 14 Jahren).

Eine Witwe in Kopenhagen mit 2 Kindern kann also ein Jahreseinkommen von 732 Kr. haben und doch in Uebereinstimmung mit dem Gesetz die Unterstützung beziehen.

Die Ausgaben hierzu, welche auf die Staatskasse und auf die Kommunen verteilt werden, sind auf jährlich 2 Mill. Kr. veranschlagt worden.

Ferner ist das Gesetz über die Unterstützung unehelicher Kinder in der letzten Zeit zum Vorteil der Mütter wesentlich verbessert worden.

Zwecks Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle an Maschinen, bei Bauten, in der Landwirtschaft, bei dem Waldbetrieb und zur See existiert ein Gesetz, welches *sämtliche* Ausgaben hierzu den Arbeitsgebern auferlegt.

Um die Lage der Landarbeiter zu verbessern, besteht ein Gesetz, dessen Inhalt es der Sozialdemokratie gelungen ist, in einem wesentlichen Grade zu verbessern, nämlich das *Gesetz betr. der Häuslerbetriebe*. Die Staatskasse gewährt jährlich Darlehen bis zu einer Gesamtsumme von 5 Mill. Kr. zur Beschaffung von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben von

1—3 Hektaren Land. Diese Darlehen dürfen  $\frac{9}{10}$  des Wertes der Betriebe nicht übersteigen.

Unter der eingreifenden Mitwirkung der Sozialdemokratie kam ein Gesetz zustande, welches bezweckt, die ausländischen Landarbeiter, welche jeden Sommer nach Dänemark kommen, gegen Uebervorteilung u. s. w. zu beschützen.

Ausser den Beiträgen, welche die Sozialdemokratie auf den bereits erwähnten Gebieten geliefert hat, sind von ihr auch andere Fragen in den Vordergrund der Diskussion gebracht worden. Dieses gilt nicht zum wenigsten dem *Militarismus*. Die geographische Lage Dänemarks unterscheidet sich wie bekannt von derjenigen der meisten anderen Länder. Auf Grund der Zersplitterung des Landes in eine Menge Inseln ist es ganz undenkbar, eine effektive Verteidigung zu etablieren oder aufrecht zu erhalten. Diese Auffassung hat sich denn auch schon seit Jahren bei dem grössten Teile der Bevölkerung Bahn gebrochen — mit Ausnahme der konservativen Kreise.

Nachdem die liberale Regierung im Jahre 1901 das Ruder übernommen, verlangten die Militaristen, dass das Verteidigungswesen geregelt werden sollte, und wurde zu diesem Zweck eine parlamentarische Kommission niedergesetzt. Die Liberalen und die Konservativen einigten sich darauf um eine bedeutende Erhöhung der Militärlasten, ohne dass es den sogen. „Sachverständigen“ doch möglich gewesen wäre zu behaupten, dass das Land dadurch genügend geschützt werden würde.

Als Folge davon, dass die verlangten Opfer sehr schwere waren und es Allen verständlich war, dass dieselben dem Lande doch keine effektive Wehr verschaffen konnten, stellte sich die Sozialdemokratie wie bekannt auf den Standpunkt der *Abrüstung*. Die Reichstagswahlen, an welchen die Sozialdemokratie mit dem Abrüstungsvorschlag auf dem Programm teilnahm, verschaffte ihr einen Zuwachs von 17,000 Stimmen, ebenso wie auch der Friedensgedanke sich zusehends ausbreitete. Da aber die Anhänger des

Militarismus bei den Wahlen die Majorität erhielten, führten sie ihre grossen Militärpläne durch, während die Sozialdemokratie sich auf die Opposition beschränken musste, welche bis jetzt jedoch noch keine Erfolge gezeitigt hat.

Von anderen selbständigen Gesetzentwürfen, welche die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstage eingebracht haben, wollen wir schliesslich nachfolgende, welche aber noch ihrer Erledigung harren, erwähnen:

Einführung des 8-stündigen Arbeitstages.

Einführung der Schulbespeisung mit einem Zuschuss aus der Staatskasse.

Abschaffung des Adels, der Tittel, der Orden und des Ranges.

Oeffentliche, unentgeltliche Krankenpflege.

Herabsetzung des Wahlrechtsalters auf 21 Jahre.

Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und die Dienstboten.

Einziehung der Lehen, Stammgüter und Fideicommissgüter unter den Staat.

Veränderung der militärischen Rechtspflege und des Militär-Strafgesetzes.

Einziehung der Zuckerproduktion unter den Staat.

Verbesserung der Volksschule.

Errichtung von Fortsetzungs-Schulen für die konfirmierte Jugend.

Mit Rücksicht auf diesen letzten Punkt hat die Agitation unserer Partei zu einem vorläufigen Resultat geführt, indem eine frühere Regierung, von der Sozialdemokratie dazu getrieben, über die Lage dieser Sache in anderen Ländern Material eingesammelt hat, während in der letzten Reichstagsession denjenigen Kommunen, welche derartige Schulen errichten wollen, aus der Staatskasse eine Summe von 15,000 Kr. zur Verfügung gestellt worden ist.

Wie aus vorstehendem zu ersehen, hat die parlamentarische Tätigkeit der dänischen Sozialdemokratie einige Früchte getragen, aber das Hauptgewicht der politischen Bewegung liegt selbstredend nicht in diesen Reformen, sondern in der Agitation, welche wir durch unsere Kritik des kapitalistischen Systems ausüben, wie auch in der Anweisung, welche wir durch unsere Vorschläge zu wirklichen und durchgreifenden gesellschaftlichen Reformen geben. Unsere Tätigkeit rüttelt die Bevölkerung zum politischen Nachdenken auf, die Wähler werden für die sozialistischen Ideen gewonnen, und der revolutionäre Geist, der den Sturz des Kapitalismus herbeiführen muss, entwickelt die Arbeiterklasse.

### Die kommunale Tätigkeit.

Neben der parlamentarischen Tätigkeit und neben der Arbeit für die Vermehrung unserer Vertretung im Reichstage hat die Sozialdemokratie seit Jahren auch an der kommunalen Arbeit teilgenommen.

Wie bereits erwähnt, haben *alle* Steuerzahler *gleiches* Wahlrecht. In Kopenhagen muss man aber nur dann Steuern bezahlen, wenn das geringste Einkommen mindestens 800 Kr. jährlich beträgt; ausserhalb Kopenhagen heisst es, dass Alle zur Steuer eingeschätzt werden, aber in der Praxis wird doch ein Teil davon befreit.

Bei den letzten kommunalen Wahlen, welche im März 1913 stattfanden, erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten *160,800* Stimmen, welches seit den Wahlen im Jahre 1909 einen *Zuwachs von 35,000* Stimmen bedeutet. Es wurden ca. *1200* sozialdemokratischen Mitglieder in die kommunalen Vertretungen gewählt, oder *300* mehr als im Jahre 1909.

In einem Teil der Provinzstädte besitzen wir die Majorität in den städtischen Vertretungen und in mehreren anderen sind wir nahe dabei, diese zu gewinnen.

In der Hauptstadt, wo die kommunale Vertretung aus 2 Abteilungen besteht (der Stadtverordnetenver-

sammlung und dem Magistrat), wurden 27 Sozialdemokraten mit 55,181 Stimmen als Stadtverordnete gewählt, die Konservativen wählten 22 mit 44,528 Stimmen, die Freisinnigen 5 mit 10,065 Stimmen und die Klerikalen 1 mit 3559 Stimmen.

Die Sozialdemokratie erhielt also 1 Mandat und 3000 Stimmen weniger als die anderen Parteien zusammen.

Der Magistrat, welcher aus 9 Mitgliedern besteht, ist teils selbst Partei in den Finanzsachen — indem derselbe sich weigern kann, die von der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschlüsse auszuführen — und teils ist er die eigentliche Verwaltungs-Körperschaft. Sein Vorsitzender, der Oberpräsident, ist ein vom König ernannter Beamter; 4 Mitglieder des Magistrats sind die von der Stadtverordnetenversammlung auf Lebenszeit gewählten Bürgermeister und 4 Mitglieder die von derselben Versammlung auf 6 Jahre gewählten Beisitzer (Ratsherren). Die Parteistellung im Magistrat ist wie folgt: 3 Konservative, 3 Sozialdemokraten, 2 Freisinnige und 1 unbestimmbar.

Unsere in den kommunalen Vertretungen entfaltete Tätigkeit hat selbstredend mannigfache Spuren hinterlassen. Diese Vertretungen haben z. B. die Festsetzung der Unterstützungen, welche aus dem Gesetz über die Altersversorgung, über das Armenwesen u. s. w. resultieren, unter sich, und in demselben Grade wie der Einfluss der Sozialdemokratie wächst, steigen auch die Beträge der Unterstützungen, ebenso wie die Ausführung der Gesetze ein humaneres Gepräge erhält.

Das Fürsorgewesen der Stadt Kopenhagen erfordert einen Aufwand von  $7\frac{1}{4}$  Millionen Kr. jährlich. Die Unterstützung der Altersversorgten kann 500 Kr. pr. Ehepar und pr. Jahr betragen; der Jahres-Durchschnitt ist jetzt ca. 285 Kr. (im Jahre 1900—1901 war derselbe nur 158 Kr.). Seit den genannten Jahren sind die Ausgaben für das Fürsorgewesen mit 133 pCt. gewachsen. Eine ähnliche Steigerung ist auch in allen übrigen Kommunen, wo die Sozialdemokratie einen genügenden Einfluss hat, zu verzeichnen.

Das unter der Verwaltung der Kommunen stehende Schulwesen ist bedeutungsvollen Verbesserungen untergangen. In Kopenhagen und in einer Reihe von anderen Städten hat man den sogen. Mittelschul-Unterricht im Anschluss an die Volksschule sowie den Real- und Gymnasien-Unterricht *auf Unkosten der Kommune* eingeführt. Begabte Kinder können auf diese Weise durch die *unentgeltliche* Volksschule zur Universität hinaufbefördert werden.

Das Schulwesen kostet der Stadt Kopenhagen  $5\frac{1}{2}$  Mill. Kr jährlich. Die Schüleranzahl beträgt 56,000.

Bisher war das Schulwesen in Kopenhagen in zwei Abteilungen eingeteilt: eine Freischule und eine Bezahlungsschule. Auf Vorschlag der Sozialdemokratie wird letztere vom 1. April 1915 ab aufgehoben und wird dann nur noch *eine* Abteilung bestehen, in welchen sämtliche Kinder unentgeltlichen Unterricht erhalten können.

So wie auf diesen Gebieten ganz wesentliche Verbesserungen vorgenommen worden sind, ist solches ebenfalls der Fall in Bezug auf die Krankenpflege. Ueberall sind die Krankenhäuser erweitert und verbessert worden. In Kopenhagen beträgt der Aufwand für die Krankenpflege  $4\frac{1}{3}$  Mill. Kr. jährlich. Ein jeder Patient in den Krankenhäusern kostet der Kommune 4 Kr. 15 Oere pr. Tag, aber die Bürger bezahlen nur 1 Kr. 20 Oere und die Mitglieder der sogen. staatsanerkannten Krankenkassen sogar nur 60 Oere pr. Tag.

Diese vereinzelt Beispiele zeigen nur die eine Seite der Tätigkeit der Kommunen, während die Vertreter der Sozialdemokratie auf der anderen Seite die Kommunen natürlicherweise dazu zu bestimmen suchen, verschiedene Betriebe zu übernehmen, um die bestmögliche Entwicklung zum Vorteile der werktätigen Gesellschaft zu beschleunigen. Im Jahre 1911 übernahm die Stadt Kopenhagen den Betrieb der Strassenbahnen, welche sich gut rentieren, obgleich die ökonomische Lage der Angestellten wesentlich verbessert worden ist. An Lohnerhöhungen, Verkür-

zung der Arbeitszeit, Krankengeld, Ferien u. s. w. verausgabt jetzt die Kommune für ca. 2000 Angestellte der Strassenbahnen 600,000 Kr. pr. Jahr *mehr als die frühere private Gesellschaft.*

Ebenso wie die meisten anderen Kommunen betreibt Kopenhagen ebenfalls Elektrizitätswerke, Gasanstalten, Wasserwerke, Schlachthöfe u. s. w.

Ueberall auf diesen verschiedenen Gebieten kann der steigende Einfluss unserer Partei nachgewiesen werden.

Die Resultate dieses Einflusses zeigen sich denn auch in einer bessersituierten Arbeiterklasse, in einer humaneren Fürsorge für die Armen, die Kranken und die Alten, sowie auch darin, dass sich die Erkenntnis von der Berechtigung und von dem Verdienste der Sozialdemokratie mehr und mehr Bahn bricht.

### **Die sozialdemokratische Presse.**

Die Aufforderung zur Gründung der „Internationale“ und damit der sozialdemokratischen Partei erschien in einem kleinen Blättchen, dessen erste Nummer im Jahre 1871 herausgegeben wurde. Auf diesem kleinen Anfang wurde die heutige sozialdemokratische Presse — wesentlichst durch die Mittel der Gewerkschaften — aufgebaut. Neben der von unserer Partei geschaffenen Presse existiert kein anderes sozialdemokratisches Blatt in Dänemark.

Sämtliche sozialdemokratischen Blätter mit den dazu gehörigen Druckereien befinden sich in dem gemeinsamen Besitze der Gewerkschaften in Kopenhagen und des Sozialdemokratischen Verbandes. Eine Versammlung von Vertretern dieser Organisationen sowie der gemischten Arbeiter-Organisationen aus den Städten, wo die Zeitungen erscheinen, ist die höchste Behörde der Blätter. Die erwähnte Versammlung ernennt einen Geschäftsführer sowie eine Pressekommission zur Leitung der täglichen Geschäfte aller dieser Blätter. Der Chefredaktör des Zentralorgans „Social-Demokraten“ in Kopenhagen wird von einer Ver-

sammlung der Kopenhagener Vertreter jedes Mal auf ein Jahr gewählt.

In dem Regulativ für die sozialdemokratische Presse wird bestimmt, dass die Blätter in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Sozialdemokratie redigiert werden müssen, ebenso wie sie alles aufnehmen müssen, was die Parteileitung zu veröffentlichen wünscht.

Die sozialdemokratische Presse zählt 46 Tageszeitungen, von welchen jedoch nur 15 als Hauptblätter erscheinen, während die übrigen Ableger von letzteren sind. 12 der Hauptblätter werden in eigenen Druckereien hergestellt.

Die tägliche Auflage der sozialdemokratischen Zeitungen beträgt 130,000. Die Anzahl der in den Redaktionen, Expeditionen und Druckereien beschäftigten Personen ist über 1000 und das gesamte Lohnkonto für alle diese Angestellten bezifferte sich im letzten Jahre auf 1,300,000 Kr.

Ausser der politischen Tagespresse besitzen wir ferner ein politisches Witzblatt unter dem Tittel „Der Rabe“.

Dadurch dass man die sozialdemokratische Presse als eine zentralisierte Einheit und als das gemeinsame Eigentum der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung bewahrt hat, ist die Einheit und die Festigkeit der Partei im höchsten Grade aufrecht erhalten worden, ebenso wie die Presse auch in ökonomischer Beziehung eine grössere Tatkraft entwickeln konnte, als dieses im entgegengesetzten Falle möglich gewesen wäre.

---

## II. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

---

Unter dem Hinweis auf die einleitenden Bemerkungen über das Entstehen und über die Bedeutung der Gewerkschaften für die sozialdemokratische Partei in Dänemark und über ihre Stellung zu der sozialdemokratischen Presse sowie im übrigen unter dem Hinweis auf die ausführlichen Berichte an das Internationale gewerkschaftliche Sekretariat, wollen wir hier nur einige Hauptpunkte über die gewerkschaftlichen Organisationen anführen.

Der gewerkschaftlichen Landesorganisation, „*Die zentralisierten Gewerkschaftsverbände*“, sind 56 Verbände mit 1255 Abteilungen sowie 6 einzelne Vereine, welche jedoch nur eine einzige Stadt umfassen, untergeordnet. Am Schlusse des Jahres 1913 zählten die erwähnten Verbände und Vereine zusammen 114,698 Mitglieder. In den vorhergehenden Jahren war die Mitgliederanzahl wie folgt: 1910: 101,527, 1911: 105,269, 1912: 107,067.

Ausserhalb der gewerkschaftlichen Landesorganisation standen Ende 1913 30 Organisationen; von diesen waren 16 Verbände und die übrigen einzelne Vereine in Kopenhagen. Diese Organisationen haben 454 Abteilungen mit zusammen 31,845 Mitgliedern.

Die Anzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beträgt demnach ca. 146,500, während es zur Zeit des letzten Intern. Kongresses 1910 ca. 120,000 waren.

Das Vermögen der Gewerkschaften und der Fachvereine betrug am Schlusse des Jahres 1913  $5\frac{1}{4}$  Mill. Kr.

Die mit den Gewerkschaften verbundenen Arbeitslosigkeitskassen hatten am Ende des Jahres ein Vermögen von 3,353,000 Kr.

**Uebersicht**  
über die  
**Lohnbewegungen in den Jahren 1910—1913.**

	1910	1911	1912	1913
<i>Anzahl Verbände in der Lohnbewegung . . . . .</i>	42	46	41	46
<i>Anzahl Mitglieder in der Lohnbewegung:</i>				
Ohne Konflikt . . . . .	33968	42769	26667	36873
Streik oder Aussperrung . . . . .	2067	15264	4419	8026
Zusammen. . .	36035	58033	31086	44899
<i>Resultate der Lohnbewegung:</i>				
Anzahl derer, welche Vorteile errungen haben ohne Arbeitseinstellung . . . . .	16975	35895	17739	29950
Anzahl derer, welche mittelst Streik oder Aussperrung Vorteile errungen haben . . . . .	1859	13132	4360	3622
Gesamtanzahl derer, welche Vorteile errungen haben .	18834	49027	22099	33572

Für Streiks und Aussperrungen wurden in den Jahren 1910—1913 an Unterstützungen 2,061,405 Kr. ausbezahlt.

Zur Beschaffung der Unterstützungen wurden den Mitgliedern Extrasteuern von zusammen *11 Kr. 50 Oere* pr. Mitglied auferlegt. Den fehlenden Betrag haben die Organisationen aus ihrer Kasse zugelegt.

Nach dem Ausland wurden 177,869 Kr. ausbezahlt.

---

### III. Die kooperative Bewegung.

---

In Dänemark existiert eine sehr ausgebreitete kooperative Bewegung, welche von dem Bauernstand ausgegangen ist, teils in der Form von Konsumvereinen, teils als Produktionsgenossenschaften (Milchereien, Schlächtereien, Pferdezucht, Schweinezucht, Eierverkauf u. s. w.). Es gibt ca. 1200 Milchereigenossenschaften, welche im Jahre 1909 2620 Mill. kg Milch behandelten (die gesamte Milchproduktion des Landes war in demselben Jahre 3400 Mill. kg). Der Betrag der an die Milchproduzenten ausbezahlten Summe belief sich auf 225 Mill. Kr., wovon 34 Mill. Kr. Ueberschuss waren.

Im Lande existieren ca. 40 genossenschaftliche Schlächtereien.

Die Anzahl der Konsumenten ist etwas über 1300 mit 188,000 Mitgliedern und mit einem Umsatz von über 62 Mill. Kr.

Die weitaus grösste Anzahl dieser Vereine sind in einem Verband zusammengeschlossen, welcher den en gros Einkauf besorgt und gewisse Produktionsbetriebe im Gange hält. Diesem Verband gehören mehr als 184,000 Mitglieder an und war sein Umsatz im Jahre 1912  $55\frac{1}{2}$  Mill. Kr.

Diese kooperative Bewegung ist unabhängig von

den politischen Parteien. Unsere Genossen sind in einer grossen Ausdehnung an derselben beteiligt, aber da die Bewegung ursprünglich von dem Bauernstand ausgegangen ist, hat dieselbe einen speziellen Wert für die Partei der Linken gehabt, ohne dass sie jedoch der genannten Partei einen direkten Nutzen gebracht hat.

Seit dem internationalen Kongress 1910 haben die Arbeiter in Kopenhagen und anderen Städten eine Reihe von Konsumvereinen errichtet, welche, obgleich sich dieselben noch auf dem Anfangs-Stadium befinden, doch gut vorwärts schreiten. Auch diese Vereine sind unabhängig von den politischen Parteien, aber ihre Mitglieder gehören in ihrer überwiegenden Mehrzahl unserer Partei an.

Von den Mitgliedern und den Organisationen der Sozialdemokratie sind verschiedene Produktionsgenossenschaften errichtet worden.

In Kopenhagen befindet sich z. B. die *Genossenschaftsbäckerei*, die *Dampfmühle* und die *Fleischversorgung der Arbeiter*, welche Betriebe einen Wert von 600,000 Kr. repräsentieren. — Das Aktienkapital von 14,000 Kr. ist wesentlichst von den Gewerkschaften einbezahlt worden. Ferner besteht die *Arbeiterbrauerei „Stjernen“* mit einer *Mineralwasserfabrik* zu einem Gesamtwerte von  $1\frac{1}{4}$  Mill. Kr. Das Aktienkapital ist ausschliesslich von der erwähnten Genossenschaftsbäckerei und von den Organisationen der Arbeiter einbezahlt worden.

Die *Arbeitermilcherei „Enighedens“* wurde während einem Streik bei einem privatkapitalistischen Unternehmen von dem Verband der ungelerten Arbeiter mit Beistand anderer Kopenhagener Arbeiter errichtet. Das Unternehmen arbeitet mit einem bedeutenden Umsatz, gibt einen klecklichen Ueberschuss und beschäftigt ca. 150 erwachsene Arbeiter.

Die Arbeiterpartei hat ferner in Kopenhagen folgende Unternehmungen errichtet: *„Die Lebensversicherungsgesellschaft der Arbeiter“*, welche in der *„Staatsanstalt für Lebensversicherung“* wiederversichert

hat, und den *Buch- und Papierhandel „Vorwärts“* mit Buch- und Kunstverlag. Letzteres Unternehmen wurde im Dezember 1912 aufgemacht und hatte im ersten Jahre einen Umsatz von 80,000 Kr.

Ausserhalb der Hauptstadt existieren ebenfalls eine Reihe von Produktions-Genossenschaften, wie Bäckereien, Brauereien u. s. w., und schliesslich existieren sowohl in Kopenhagen wie in anderen Städten Versammlungsgebäude, welche der Arbeiterpartei angehören.

---

#### IV. Andere Formen der Organisation.

---

Wie bereits unter der Besprechung der parlamentarischen Tätigkeit erwähnt, existieren in Dänemark *Arbeitslosen-Unterstützungskassen*, welche den Gewerkschaften angeschlossen sind. Derartige Kassen haben wir in einer Anzahl von 55 mit über 120,000 Mitgliedern; in der Regel erstreckt sich ihr Gebiet über das ganze Land.

Im Jahre 1912—13 betrug der Mitgliederbeitrag 1,408,112 Kr., während der Zuschuss aus der Staatskasse und aus den Gemeindekassen 1,196,650 Kr. ausmachte. In dem genannten Jahre wurde an Arbeitslosen-Unterstützung 1,650,000 Kr. ausbezahlt, die Verwaltungsunkosten waren 240,410 Kr. und das Vermögen der Kassen betrug am Schlusse des Jahres 2,382,411 Kr.

Die ebenfalls erwähnten staatsanerkannten Krankenkassen, welche auf der Grundlage der Freiwilligkeit aufgebaut und auf die Arbeiter und andere mit diesen gleichgestellten berechnet sind, waren in einer Anzahl von 1523 mit 749,635 Mitgliedern vorhanden. — Diese Kassen sind entweder auf ein einzelnes Gewerbe oder auf eine einzelne Gemeinde begrenzt. Der Mitgliederbeitrag brachte im Jahre 1912 eine Summe

von 5,713,601 Kr. ein, und der Zuschuss aus der Staatskasse belief sich auf 2,442,213 Kr. Die Ausgaben für Krankengeld, Hospitalsaufenthalt, Medizin, Aerztehonorar u. s. w. betragen in dem gleichen Jahre 7,704,646 Kr.

Am Schlusse des Jahres hatten diese Kassen ein Gesamtvermögen von  $4\frac{3}{4}$  Mill. Kr.

Schliesslich wollen wir erwähnen, dass die Sozialdemokratie in Dänemark versuchsweise verschiedene Arten von Aufklärungsarbeiten betrieben hat. In Kopenhagen haben wir z. B. vor einigen Jahren eine Abendschule, speziell auf jüngere Arbeiter berechnet, welche in der Agitation und in der praktischen Arbeit für die Partei Kenntnisse zu theoretischen und ökonomischen Problemen, Statistik u. dergl., benötigen, ins Leben gerufen. — Bis jetzt hat man jedoch noch keine ganz zufriedenstellenden Resultate erzielt, weshalb man in Aussicht genommen hat, das Gebiet der Schule zu erweitern.

In Esbjerg haben die sozialdemokratischen Organisationen eine sozialistische Hochschule errichtet, zu welcher Schüler aus dem ganzen Lande zu einem 5-monatlichen Kursus entgegengenommen werden.

---

Die sozialdemokratische Jugendbewegung in Dänemark arbeitet im engsten Anschluss an die sozialdemokratische Partei, ohne jedoch letzterer untergeordnet zu sein. Die Bewegung ist in einem Verband mit 61 Abteilungen organisiert und zählen dieselben ungefähr 6000 Mitglieder. In der Agitation wendet man sich hauptsächlich an die Jugend im Alter von 14—18 Jahren, und mit einer guten Wirkung hat man ebenfalls praktische Fragen aufgenommen. Z. B. hat man eine Aufklärungs- und Agitationstätigkeit betr. der *Lehrlingsverhältnisse* entfaltet, ferner eine energische *antimilitaristische* Agitation, ebenso wie man unablässig eine rege und umfassende allgemeine sozialistische Agitation, welche das Interesse der Jugend zu erwecken imstande ist, betreibt. Ausserdem arbeitet

der Verband durch Errichtung einer Bibliothek und durch Abhaltung von Versammlungen im Dienste der sozialen Aufklärung.

---

Aus dem hier mitgeteilten wird man sich ein Bild machen können von dem Zustand der sozialdemokratischen Bewegung in dem kleinen Dänemark, dessen Einwohneranzahl nur  $2\frac{3}{4}$  Millionen ausmacht.

Man kann nicht erwarten, dass dieses kleine Land betreffs der Durchführung der sozialistischen Prinzipien an der Spitze marschieren soll, aber auf der anderen Seite trägt die dänische Sozialdemokratie nach bestem Können dazu bei, die sozialistische Gesellschaftsauffassung zu befestigen und die Zeit vorzubereiten, wo der Kapitalismus seine Rolle ausgespielt haben und die neue Gesellschaft aufgebaut werden wird.

Die dänischen Arbeiter fühlen sich stolz darüber, dass die sozialdemokratische Bewegung in Dänemark ihren Ursprung von den grossen revolutionären Ereignissen draussen in der Welt und von der ersten Internationale der Arbeiter genommen hat, ebenso wie wir jederzeit auf die Tatsache hinweisen können, dass es bei uns nur *eine* Arbeiterbewegung gibt: *die sozialistische Arbeiterbewegung*.

In gemeinschaftlichem Zusammenwirken mit den sozialistisch-organisierten Arbeitern der ganzen Welt wünschen die dänischen Arbeiter auch fernerhin zu kämpfen für die Befreiung der Arbeiterklasse durch den Sozialismus.

***Th. Stauning,***

Geschäftsführer  
des Sozialdemokratischen Verbandes  
in Dänemark.